

Brigitte Vallenthin

Ich bin dann mal Hartz IV
(K)ein Einzelfall-Bericht

Erlebnisbericht 2010

Vorwort von Frau Prof. Helga Spindler



Brigitte Vallenthin ist ausgerechnet zu Beginn der Hartz-Gesetzgebung und offenbar ohne Vorerfahrung mit Sozialverwaltungen in diese neue Form der Armenbetreuung gerutscht – mit 64 Jahren, nach einem bewegten Leben, eigenverantwortlich, selbstbestimmt, unabhängig und wohl auch widerständig.

Weihnachten 2005, das war ihr Schlüsselerlebnis, das sie nicht mehr losgelassen hat.

Was sie hier an Erfahrungen zu Papier bringt, ist schwere Kost, trotz der ansprechenden Aufmachung. Überall schimmert die tiefe Erschütterung ihres Vertrauens in eine Hilfeverwaltung durch, die keinerlei Sicherheiten und Verlässlichkeit im Umgang und bei ihren Entscheidungen mehr bietet; die Erschütterung ihres Vertrauens in Rechtsstaatlichkeit und Gerichte, mit denen sie zu oft zu tun hat und an denen sie letztlich doch verzweifelt.

Unbestritten, sie nervt ihre wechselnden Sachbearbeiter Knödel, Krempel und wie sie alle heißen. Sie reagiert impulsiv, wo sie demütig und zurückhaltend sein sollte, wo sie das wohl übliche Procedere der Sozialverwaltung passiv über sich ergehen lassen sollte. Sie will alles überprüft und korrigiert haben, empfindet die Ermittlungen im Verwaltungsverfahren nur als Zumutung, auch da, wo Nachfragen und Anforderungen durch den Gesetzgeber erzwungen sind.

Man/frau würde aus sicherer Distanz und mit juristischer Vorbildung in manchen Situationen anders reagieren. Aber wo kann sie auch eine qualifizierte Unterstützung finden, zu der sie Vertrauen entwickeln könnte?

Es wäre falsch, das Buch als »Betroffenenliteratur« beiseite zu legen. Denn die Autorin schildert subjektiv, ehrlich und nachvollziehbar, **mit welcher Wucht das System auf**

Bürger trifft, die keine Sozialhilfesozialisation haben, die sie schon abgestumpft und ihnen den nötigen Pragmatismus antrainiert hat.

Ihre Sensibilität ist berechtigt. Die Erlebnisse im ersten Kapitel sind der Schlüssel, um alle weiteren Entwicklungen nachempfinden zu können bis in die letzten Wendungen in diversen Rechtsstreiten, z.B. der Wirkung einer Wegfallsperre bei einer Rentenzahlung.

Sie hat sich die meisten Konflikte nicht ausgesucht. Sie wurde mit Rechts- und Verfahrensfragen überzogen, mit denen sie sich nie vorher beschäftigen musste, und wird mehr und mehr davon aufgerieben, selbst wenn irgendwann ein unvorhergesehener Teilerfolg eintritt.

Ihre Gedanken, Hoffnungen und Ängste kreisen nur noch um diese Verfahren und Rechtsfragen, sind so gefangen, dass sie eine einmal angebotene Mediation auch nicht mehr als Lösung akzeptieren kann. Ihre beruflichen Talente und Stärken kann sie in diesem Teufelskreis nur noch schwer entfalten.

So kann es aber allen Menschen gehen, die unverhofft aus einem selbstbestimmten Erwerbsleben heraus mit diesem System konfrontiert werden. **Da entwickelt man keine abgewogenen Strategien mehr – vor allem, wenn einem als Dauerbedrohung die ungesicherten Wohnverhältnisse buchstäblich den Boden unter den Füßen wegziehen.** Man steht ständig vor dem Abgrund und klammert sich an den nächstbesten Strohalm, und sei das ein Sachbearbeiter, der gar keine vollständige Akte mehr vorliegen hat, oder, wie sie selbstkritisch reflektiert, eben ein Gericht.

Mit jedem Mal, mit dem Aussagen tatsächlich oder scheinbar ins Gegenteil verkehrt werden, mit dem Unterlagen und Nachweise verschwinden, Zusagen nicht eingehalten werden, wächst die Hilflosigkeit.

Kafka lässt grüßen.

Und Brigitte Vallenthin betreibt neben dem Kampf gegen entwürdigende Behandlung auch die Auseinandersetzung um die Regelsatzhöhe, die aber die Verwaltung nicht aufgreifen kann und die die meisten Gerichte nicht aufgreifen wollen. Hier hat sie ganz viel Energie verwendet, um den für sie überzeugenderen Regelsatz zu begründen, und sie macht ihn so anschaulich wie den vor 1990 bestehenden Sozialhilfewarenkorb.

Auch wenn man hier inzwischen zu ein wenig anderen Erhebungsmethoden greift – überzeugender ist ihr Versuch allemal als der von Professor Thießen aus Chemnitz, der seinen »132-Euro-Warenkorb« in der Zeitschrift für Wirtschaftspolitik (Heft 2/2008) publiziert hat, oder der von SPD-Mitglied Sarazzin aus Berlin mit seinem »Drei-Tages-

Speiseplan« ohne Getränke.

Viele sprechen den »Betroffenen« das Recht ab, sich zu solchen Fragen überhaupt zu äußern. Sind sie nicht zu subjektiv, zu fordernd, zu sehr auf ihre persönlichen Interessen fixiert?

»Wenn man den Sumpf trockenlegen will, darf man nicht die Frösche fragen«, soll Minister Clement, **der Exekutor der Hartz-Reformen**, einmal gesagt haben. Die Frösche waren für ihn selbstverständlich die Arbeitslosen wie Brigitte Vallenthin und ihre Mitstreiter, die es sich im Sumpf der Arbeitslosigkeit bequem gemacht haben, die aktiviert und kontrolliert (oder auch nur mal gewaschen und rasiert) werden müssen.

Dabei ist der Sumpf der Arbeitslosigkeit, der Mangel an bezahlten Arbeitsplätzen durch Rationalisierung und falsche Verteilung von Arbeitszeit, nicht von den Arbeitslosen zu verantworten, sondern von Unternehmensberatern, marktvergötternden Ökonomen und Managern, die alles unternehmen, um nicht mit den Folgen ihrer **menschenverachtenden Personalpolitik** konfrontiert zu werden.

Und genau diese Akteure haben die Reform maßgebend mit beeinflusst und die Verwaltung durch ihre Controllingmethoden und Führungsstile **entmenschlicht** und wollen den Fröschen das Überleben erschweren, indem sie sie in Versuchslabore packen, in denen getestet werden soll, wieviel Druck sie aushalten können.

Die nörgelnden und nervenden Betroffenen sollen im Verwaltungsverfahren nicht ständig die Behörden mit ihren existenziellen Überlebens-Problemchen stören können, die Mitarbeiter sollen **»von Getriebenen zu Treibern« werden – wie Roland Berger in einem Geheimpapier empfohlen hat.**

Brigitte Vallenthin beschreibt, wie es einer ergeht, die an den verschiedensten Stellen mit den Vorgaben des Gesetzes und den Ergebnissen dieser Behördenorganisation konfrontiert wird und nicht zur Getriebenen werden will.

Allerdings ist es auch wichtig, den Blick darauf zu lenken, wie sich diese Situation verändern muss.

Manche sind derartig abgestoßen, dass sie ein völlig bedingungsloses Grundeinkommen möglichst in doppelter Höhe wie heute fordern – ohne Schikanen, ohne Überprüfungen, ohne Bürokratie, wie sie sie kennen –, aber auch ungeachtet der Tatsache, dass es das nirgendwo auf der Welt gibt und dass dieser Zustand viele grundlegende Veränderungen in der Gesellschaft voraussetzen würde.

Bei dieser Vision übersehen sie, dass viel kleinere Schritte die Lage ungemein erleichtern würden: die Rückbesinnung auf das soziale Recht auf bedarfsdeckende Existenzsicherung, das Einhalten der Regeln des Verwaltungsverfahrens und qualifizierte, fest eingestellte Mitarbeiter, die z.B. auch die Möglichkeit haben, sich auf den menschenwürdigen Umgang mit ehemaligen Selbständigen einzulassen und für die ein geleaster Sportwagen noch kein Indiz für gefährliche kriminelle Absichten ist.

Entbürokratisierung, das heißt nicht: noch mehr viel zu niedrige Pauschalen, wie das jetzt für die Unterkunftskosten geplant ist. Entbürokratisierung heißt im Moment wieder: eine erreichbare Bürokratie, **unbehinderte Zugangsmöglichkeit zu Leistungssachbearbeitern und Akten**; das heißt individuelle Hilfen durch Behörden bei materiellen Problemen und Schluss mit der Verachtung der existenziellen Bedürfnisse der Betroffenen gleichermaßen durch schlechte Verwaltung als auch durch unzureichende Festsetzung des Existenzminimums durch die politisch Verantwortlichen.

Es heißt Abschaffung der »Back Office«-Leistungssachbearbeiter, die bewusst nicht erreichbar sein sollen, ihre Telefonnummern unterdrücken und auch noch ständig wechseln und selbst mit unlösbaren Softwareexperimenten und unsicheren Arbeitsverhältnissen belastet sind. Es heißt auch Abschaffung der unsäglichen Callcenter – des Lieblingsprojekts eines jeden Unternehmensberaters – zugunsten persönlicher Ansprechpartner.

Gute Verwaltung heißt: **Ermittlung der entscheidungserheblichen Sachverhalte ohne schikanöse Übergriffe**, Anhörung der Betroffenen und vor allem Ermöglichen von unabhängiger und qualifizierter Sozial-, Berufs-, Bildungs- und Rechtsberatung.

Selbst falsche Entscheidungen können dann auf andere Art korrigiert werden als durch die gegenwärtige Klageflut. Die 805.000 Widersprüche, die 2009 gezählt wurden, sind ja nur die Spitze des aufgeklärten und noch nicht resignierten Eisbergs an falsch behandelten Betroffenen, die durch den Gesetzgeber (genauer: verschiedene SPD-Minister) **zusätzlich verhöhnt** wurden, **als man diesen Widersprüchen die übliche, so genannte aufschiebende Wirkung genommen hat.**

Die Fördermaßnahmen – Praktika, Kurse, Weiterbildungen, Beratung und Arbeitsvermittlung – müssen frei wählbar sein, genauso wie soziale Verbände nicht erpresst werden dürfen, unsinnige Maßnahmen durchzuführen, wenn sie überhaupt noch Hilfen anbieten wollen. Die Zumutbarkeit von Arbeitsangeboten muss verändert **und die ständige Angst vor dem Verhungern** zumindest durch Aussetzen von Sanktionen eingedämmt werden.

Brigitte Vallenthin kämpft um ihre Existenz, ihren Ruf, ihre Würde und um die Anerkennung der Bedürfnisse der Erwerbslosen. Und ihr Alltag ist kein Einzelfall. Bestätigt wird sie durch vielfältige Erhebungen – seien es die Kundenbefragung von Tacheles in Wuppertal, die statistischen Untersuchungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands (DPWV), die Forschungen von Anne Ames oder die Untersuchungen des Bündnisses für ein Sanktionsmoratorium oder eine Reihe weiterer Arbeiten.

Sie schildert den Alltag und die aufsteigende Angst, keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr zu haben: eine Angst, die sie am Ende auch – und ohne Bloßstellung – für einen beteiligten Wohlfahrtsverband dokumentieren kann.

11

Helga Spindler
Vorwort 2010

*Brigitte Vallenthin 2010 # **Ich bin dann mal Hartz IV** # (K)ein Einzelfall-Bericht # VSA-Verlag 2010 # Mit Unterstützung des Evangelischen Sozialpfarramtes und des Katholischen Sozialladens Wiesbaden # ISBN 978-3-89965-433-2 # 125 Seiten*

